

Übernahme wird zur Ausnahme

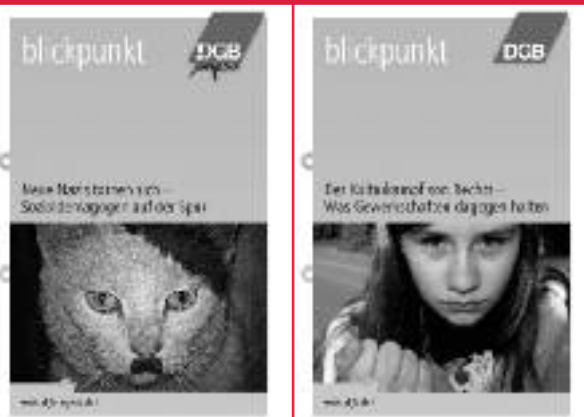
Eine Studie der DGB-Jugend belegt: Junge Leute sind die Hauptleidtragenden der Finanz- und Wirtschaftskrise – und der Berufseinstieg findet oft gar nicht mehr statt.

Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat sich in Deutschland offiziell bisher nicht so stark auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt. Massenentlassungen blieben bisher aus, die Wunderwaffe hieß Kurzarbeit. Jetzt aber hat die DGB-Jugend mit einer Studie zutage gefördert, wer für die Krise bezahlen muss: Es sind junge Leute, die nach der Ausbildung in ihrem Beruf arbeiten wollen.

Die DGB-Jugend hat bis Oktober 2009 1.957 Auszubildende in ihrem jeweils letzten Ausbildungsjahr befragt – ob sie schon wüssten, wie es für sie nach der Ausbildung beruflich weitergehen werde.

Das zentrale Ergebnis der Befragung: Nur etwas mehr als ein Drittel der Auszubildenden hat kurz vor Ende des dritten Lehr-

NEUE BROSCHÜREN



Wie Nazis soziale Fragen vereinnahmen und was wir gegen rechten Kulturkampf unternehmen können – das sind die Themen von zwei neuen Faltschultern der DGB-Jugend. www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren

jahrs bereits eine sichere Perspektive im Betrieb über die Ausbildungszeit hinaus. Etwa jeder vierte befragte Auszubildende hingegen wusste schon sicher, dass er nach der Ausbildung nicht übernommen wird. Hinzu kommen weitere 40 Prozent, die teilweise auch kurz vor dem Ende ihrer Ausbildung noch keinerlei Informationen darüber haben, ob ihnen eine Weiterbeschäftigung nach erfolgreich bestandener Abschlussprüfung angeboten werden wird.

Ähnlich düstere Zahlen hat zeitnah auch die Bundesagentur für Arbeit herausgebracht. In ihrem Bericht zum Arbeitsmarkt angesichts der anhaltenden Krise betont sie zwar, dass die Erwerbslosigkeit in Deutschland im internationalen Vergleich »relativ moderat« gestiegen sei. Dies gelte aber mitnichten für alle Altersgruppen: Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 25-Jährigen sei zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 um knapp zwölf Prozent gestiegen – 50 Prozent schneller als die Arbeitslosigkeit insgesamt.

Dieses Ergebnis ist auch ein Beleg dafür, dass gerade junge Menschen zunehmend von atypischer Beschäftigung betroffen

INHALT

3 thema

Zivildienstverkürzung – was bedeutet sie?

4 projekte

BJA: Wichtige Beschlüsse

Angezählt: Die Datenlage

Bildungsgipfel: DGB-Jugend vor dem Kanzleramt

Unfit in den Job: Junge Beschäftigte im DGB-Index Gute Arbeit

Sofort deutlich anheben: DGB und DSW für sinnvolle BAföG-Ausstattung

6 azubi-ratgeberin

Berufsvorbereitende Maßnahme: So wird angerechnet

7 bezirke + gewerkschaften

Dresden ohne Nazis: Gewerkschaftsjugend gegen rechten Aufmarsch

sind. Schon in ihrer Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2008 hatte die DGB-Jugend kritisiert, dass 26 Prozent der jungen Beschäftigten unter 30 Jahren in zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen. Passiert ist nichts.

»Die Zunahme von prekärer Beschäftigung ist kein Zufall, sondern das Ergebnis der Politik der letzten Jahre«, sagt DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungsverhältnisse sowie der Abbau von Arbeitnehmerrechten führten dazu, dass es schwieriger bis unmöglich werde, das weitere Leben zu planen. Ängste in Bezug auf das Alter bestimmten das gesamte Lebensgefühl der jungen Generation.

»Die DGB-Jugend fordert angesichts der Zahlen die unbefristete Übernahme in ein – sofern gewünscht – Vollzeitbeschäftigungsverhältnis«, sagt Rudolf. »Die absolvierte Ausbildung muss dabei ebenso berücksichtigt werden wie der Wohnort. Denn alle jungen Menschen brauchen die Chance für ein selbstbestimmtes Leben mit vielfältigen Perspektiven und materieller Sicherheit.« [S](#)

Die Studie im Download: www.dgb-jugend.de/ausbildung

HBS-DATENBANK

Prekarität zum Lesen

Eine neue Datenbank der Hans-Böckler-Stiftung (HBS) zeigt erstmals für alle 429 Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland, wie viele Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten.

www.boeckler.de/pdf/leiharbeit_interaktiv.swf

Hoher Anteil

EU-Jugend ■ Zum 1. Januar 2009 lebten 95 Mio. Personen im Alter von 15 bis 29 Jahren in der EU27, wie das Europäische Statistikkamt gezählt hat. Das ist beinahe ein Fünftel der Gesamtbevölkerung.

Der Gesamtbericht als Download: www.jugendpolitikineuropa.de/themen/jugendforschung/news-600.html

Neue Strategie

EU-Jugendpolitik ■ Der EU-Ministerrat hat einen neuen Rahmen für die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa für die Jahre 2010 bis 2018 vereinbart.

Ebenfalls auf www.jugendpolitikineuropa.de

Europaweit einzigartig

Armut kommt ■ Vor allem Geringverdiener/-innen, Ältere und Jugendliche sowie Zeitarbeiter/-innen sind die Hauptleidtragenden der Wirtschaftskrise. Zugleich werde auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Kluft zwischen niedrigen und mittleren Löhnen in Vollzeitjobs immer größer, fand die Bertelsmann-Stiftung im Dezember 2009 heraus. Geringverdiener/-innen erzielten demnach Ende der neunziger Jahre noch 64% des Verdienstes eines Arbeitnehmers mit mittlerem Einkommen. 2007 erreichten sie nur noch 53%. Dieser Rückgang sei im internationalen Vergleich der stärkste von 20 untersuchten OECD-Ländern.

Mittel gekürzt

Außerschulisches Gedrängel ■ Im Jahr 2008 haben rund 1,4 Mio. junge Menschen in Deutschland an 33.600 Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung teilgenommen. Während die Zahl der mit öffentlichen Mitteln der Kommunen, der Länder, vom Bund oder der EU geförderten Maßnahmen im Vergleich zu 2004 um 9% niedriger lag, blieb die Zahl der Teilnehmenden unverändert. Dadurch waren die Maßnahmen im Schnitt stärker belegt: 2008 zum Beispiel besuchten so durchschnittlich 41 junge Menschen Veranstaltungen zur politischen, kulturellen, ökologischen oder gesundheitlichen Bildung – mehr als je zuvor.

www.destatis.de, »Publikationen«, »Jugendarbeit«

Große Lücke

Ausbildungsplätze ■ Deutsche Unternehmen haben nach Zahlen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in diesem Jahr 50.300 weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Damit ging die Zahl der Neuverträge um 8,2% auf 566.000 zurück. Nach Berechnungen der DGB-Jugend fehlen somit mindestens 80.000 Ausbildungsplätze, um die Lage auf dem Ausbildungsmarkt zu stabilisieren.

www.bibb.de

Super Ergebnis

Steuer auf Geld ■ Die nötigen 50.000 Unterschriften für eine Anhörung zum Thema »Steuer gegen Armut – Einführung einer Finanztransaktionssteuer« sind fristgerecht zum 3. Dezember 2009 erreicht worden – auch dank breiter Unterstützung der Initiative durch die DGB-Jugend und andere gewerkschaftliche Organisationen.

www.steuer-gegen-armut.org

Ost-Ausbildung

BIBB moniert ■ 20 Jahre nach dem Mauerfall ist die duale Berufsausbildung in Ostdeutschland weiterhin ungenügend verankert, schimpft das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in einer aktuellen Studie: Ursächlich seien die starken ökonomischen Umbrüche und die besonderen Schwierigkeiten in der ostdeutschen Wirtschaft – abzulesen an den immer noch höheren Arbeitslosenquoten und der schrumpfenden Zahl von Betrieben.

www.bibb.de

Viele Studis

Mehr Erstsemester/-innen ■ Zum Wintersemester 2009/2010 ist die Zahl der Erstsemester um 7% auf 423.400 angestiegen. Eingeschrieben sind derzeit insgesamt rund 2,13 Mio. junge Menschen, das sind 5% mehr als 2008. Im Schnitt dauert ein Studium heute an den Universitäten 11,6 Semester, an den Fachhochschulen 8,9 Semester.

www.studentenwerke.de

Großtreffen

»Studierbarkeit« testen ■ Beim gemeinsamen Treffen von Hochschulrektoren- und Kultusministerkonferenz im Dezember 2009 in Bonn haben die Teilnehmer/-innen sich für einen Maßnahmenkatalog ausgesprochen, für den die »Studierbarkeit« neuer Studiengänge an erster Stelle steht. Die Arbeitsbelastung für die Studierenden soll auf den Prüfstand gestellt und so auf ein »realistisches und vertretbares Maß« gebracht werden, wie es heißt.

Weitere Infos auf www.his.de/presse/news/ganze_pm?pm_nr=588

Jetzt unterzeichnen

Studentische Krankenversicherung ■ Studierende profitieren in Deutschland von der günstigen studentischen Krankenversicherung. Allerdings – bis auf wenige Ausnahmen – nur bis zum 30. Geburtstag. Eine Initiative will nun per E-Petition im Bundestag auf eine Änderung hinwirken. Bis zum 28. Januar 2010 kann noch unterzeichnet werden.

<https://epetitionen.bundestag.de/index.php?action=petition;sa=details;petition=8633>

Endlich aussteigen

DBJR fordert ■ Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR) hat anlässlich der Kopenhagener Klimakonferenz im Dezember 2009 einen wirksamen Klimaschutz, eine generationengerechte Energiepolitik und den schnellen Ausstieg aus der Atomenergie gefordert. Denn: Kinder und Jugendliche wollen keine Energie aus Atomkraft. Sie fürchten sich vor den Risiken im laufenden Betrieb und vor dem strahlenden Altlasten. »Wir verstehen nicht, warum die jetzige Regierung aus dem Ausstieg aussteigen will«, sagte die stellvertretende DBJR-Vorsitzende **Kathrin Moosdorf**.

Es gebe bereits viele gute Konzepte, um Energie aus regenerativen Quellen zu gewinnen.

www.dbjr.de

Wurde verlängert

Bleiberecht ■ Das Bleiberecht für geduldete Ausländer/-innen in Deutschland wird um zwei Jahre verlängert. Das wurde auf einem Treffen der Innenministerkonferenz im Dezember 2009 beschlossen. Sonderregelungen insbesondere für Jugendliche mit Schulabschluss oder Berufsausbildung sind auch verabredet worden.

www.proasyl.de

Gut getroffen

Jugendsprache ■ Wettbewerb zum »Jugendwort des Jahres 2009« – and the winner is: »Hartzten«, die jugendsprachliche Übersetzung für »arbeitslos abhängen«, wie der Ausrichter dieses Wettbewerbs, der Langenscheidt-Verlag, mitteilt.



Auf den weiteren Plätzen: »bam« für »cool oder endgeil« (Langenscheidt-Verlag) »Bankster« (Bankangestellter, der in der Finanzkrise spekulative Geschäfte macht), »Rudelgucken« für Public Viewing – und auf Platz 5: »Pisaopfer« für ein, tja: Pisaopfer.

Soli aktuell meint: »Arbeitslos abhängen« ist auch schon nicht schlecht.

www.jugendsprache.de

Personalie

Die neue Ministerin für Familie, Frauen, Jugend und Senioren der Bundesrepublik Deutschland heißt **Kristina Köhler**. Im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin Ursula von der Leyen – 51, sieben Kinder – ist Frau Köhler etwas mehr »Jugend«: Sie hat keine Kinder und ist 32. In der CDU ist sie aber auch.

www.kristina-koehler.de



K. Köhler

Reguläre Jobs, bitte

Im Koalitionsvertrag wurde die Verkürzung des Wehrdienstes auf sechs Monate beschlossen. Davon wird auch der Zivildienst betroffen sein. Die DGB-Jugend fordert die gänzliche Abschaffung.

Das klingt erstmal gut: Die schwarzgelbe Bundesregierung will den Wehrdienst und den Zivildienst verkürzen. Seit Beginn dieses Jahres sollen Grundwehrdienstleistende und Zivildienstleistende statt bisher neun nur noch sechs Monate dienen. Das geht aus dem Koalitionsvertrag der Regierungsparteien hervor.

Die sicherheitspolitische Lage, Auftrag und Aufgabenspektrum der Bundeswehr habe sich seit dem Ende des kalten Krieges grundlegend gewandelt, heißt es dort. »Diesen Veränderungen ist angemessen Rechnung zu tragen«, steht auf Seite 124 des Vertragswerkes, und: »Die Koalitionsparteien halten im Grundsatz an der allgemeinen Wehrpflicht fest mit dem Ziel, die Wehrdienstzeit bis zum 1. Januar 2011 auf sechs Monate zu reduzieren.«

Dass dies auch für den Zivildienst gilt, lässt sich aus folgender Passage auf Seite 82 erschließen: »Die künftige Struktur der Wehrpflicht wird sich im Zivildienst widerspiegeln, der Dienstleistungen der sozialen Einrichtungen weiter zu sichern hilft.« Und weiter: »Der Zivildienst entfaltet sozialpolitische Wirkungen. Wir fördern auch künftig

die Möglichkeit, den Zivildienst mit den darin erworbenen Fähigkeiten für die weitere Ausbildung nutzbar zu machen.«

Dabei soll eine mögliche Doppelableistung von Zivildienst und Freiwilligem Sozialen Jahr ausgeschlossen sein.

Ob und inwieweit die erst im Sommer 2009 verabschiedete Regelung, nach der ab Januar 2010 der Zivildienst als »Lerndienst«

gestaltet werden soll, bei einer kürzeren Dienstdauer wieder rückgängig gemacht wird, muss erst mal abgewartet werden.

Zu den Auswirkungen der Dienstzeitverkürzung im Sozialbereich hat die Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer (Zentralstelle KDV) darauf hingewiesen, dass in den Bereichen, in denen Zivildienstleistende tätig sind, schätzungsweise 3,5 Millionen hauptamtliche Mitarbeiter/-innen arbeiten. 65.000 davon sind Zivildienstleistende. Das sind 1,8 Prozent aller Beschäftigten. Diese Stellen werden aber nicht gestrichen, sondern die Beschäftigungsdauer dieser Mitarbeiter wird von neun auf sechs Monate verkürzt.

»Rechnerisch bedeutet die Verkürzung der Dienstdauer von neun auf sechs Monate, dass statt 65.000 Dienststellen im Jahresdurchschnitt zukünftig rund 43.000 Zivildienstplätze besetzt sein werden«, sagt Peter Tobiasen, Geschäftsführer der Zentralstelle KDV.

Würden die 22.000 Stellen ersatzlos gestrichen werden, würde der Sozialbereich 0,5 Prozent der Beschäftigten verlieren. Zu rechnen sei damit aber nicht: Wegfallende Zivildienstplätze dürften leicht durch Plätze des Freiwilligen Jahres ersetzt werden können. »Am besten werden sie in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt«, sagt Florian Haggemiller, bei der DGB-Jugend für Wehr- und Zivildienstfragen zuständig.

Eine Position, wie sie im Bundestag auch von den Oppositionsparteien vertreten wird: »Anstatt vier Jahre mit einer Verkürzung zu verschwenden, muss der endgültige Ausstieg aus den Pflichtdiensten organisiert werden«, fordern Bündnis 90/Die Grü-



Zivildienst – hat »sozialpolitische Wirkungen«

Foto: Mr. Nico / photocase.com

nen. Man sollte lieber Abschied vom Zivildienst nehmen und das Geld sinnvoll bei den Freiwilligendiensten anlegen, heißt es bei der SPD. Und die Linkspartei will den Wehr- und Ersatzdienst »endlich ausmustern« – und verweist auf andere europäische Länder, die diesen Schritt schon vollzogen haben.

In der Tat: Im Bundeshaushalt Zivildienst führt die beabsichtigte Dienstzeitverkürzung zu Einsparungen in Höhe von immerhin 170 Millionen Euro. Dieses Geld kann eingespart, aber auch zum Beispiel in den Haushaltstitel zur Förderung des Freiwilligen Jahres (bisherige Bundesförderung dort: 19 Millionen Euro) umgeschichtet werden.

Im Zivildienst wird sich indes wenig ändern, glaubt Haggemiller: »Dort, wo längere Einsatzzeiten nötig sind, werden Zivildienstleistende durch Helferinnen und Helfer im Freiwilligen Jahr ersetzt. Und dort, wo Zivildienstleistende schon bisher auf Handlangerdienste reduziert waren, wird mit der kürzeren Dienstzeit genauso gut gearbeitet werden können wie mit den heutigen neun Monaten.«

Profitieren könnten von der Dienstzeitverkürzung im Zivildienst also auch diejenigen, die bisher im Freiwilligen Jahr keinen Platz finden konnten.

Übrigens: Eine Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag im Jahr 2008 hat ergeben, dass rund ein Drittel der Zivildienstleistenden in gewinnorientierten Betrieben eingesetzt sind. Das bedeutet: Unternehmen, wie z.B. der Gesundheitskonzern Fresenius, die Jahresüberschüsse in zwei- und dreistelliger Millionenhöhe erwirtschaften, bekommen ihre Mitarbeiter vom Bundesamt für Zivildienst zugeteilt. **S**

WEHR- UND ZIVILDIENTST

Unhaltbarer Zustand

Von **Florian Haggemiller**

Wer über den Zivildienst diskutiert, darf zur antiquierten Wehrpflicht nicht schweigen: Die Wehrpflicht ist ungerecht, sicherheitspolitisch überholt und verbaut jungen Männern die Bildungschancen. Und: Während die Bundeswehr nur jeden zweiten Wehrpflichtigen einberuft, muss nahezu jeder Kriegsdienstverweigerer Zivildienst leisten – auch das ein unhaltbarer und inakzeptabler Zustand.

Der Wehrdienst sollte abgebaut und der Zivildienst schrittweise durch sozialversicherungspflichtige Jobs und Jugendfreiwilligendienste ersetzt werden. Die notwendigen Mittel stehen dafür zur Verfügung, wenn die Pflichtdienste konsequent beendet werden. **S**

Florian Haggemiller ist politischer Referent der DGB-Jugend.



Die BJK ist beendet

Der DGB-Bundesjugendausschuss hat die noch ausstehenden Anträge der DGB-Bundesjugendkonferenz verabschiedet.

Nicht alle der 236 Anträge konnten auf der DGB-Bundesjugendkonferenz (BJK) im November 2009 behandelt werden – deshalb traf sich der DGB-Bundesjugendausschuss (BJA) am 9. Januar 2010 in Frankfurt/M., um die verbliebenen Anträge zu diskutieren, anzunehmen oder abzulehnen bzw. an den Ordentlichen Bundeskongress des DGB (OBK) weiterzuleiten. Dies waren insbesondere die Leitanträge zur Jugendbildung und zur Mitbestimmung – wie auch alle Anträge der Blöcke D bis G (außer G 012 zu politischen Streiks).

Die Anträge wurden weitestgehend angenommen wie von der Antragsberatungskommission empfohlen – wie etwa Antrag D 001 zur Mitbestimmung und Tarifpolitik einstimmig: »Mitbestimmung heißt Machtkontrolle und Mitgestaltung«, heißt es dort – und sie muss im Sinne der Gewerkschaftsjugend auch dort gelten, wo sie bisher mangelhaft umgesetzt wird – z.B. in außerbetrieblichen Ausbildungsstätten.

Aufmerksamkeit erforderte auch der Antrag F 001 zum Thema Industriepolitik in Deutschland, der von der IG BCE-Jugend

eingbracht worden war. Er wurde mit – wichtigen – Änderungen angenommen: So fordert die DGB-Jugend nun nicht mehr allein »die Sicherung, den Ausbau und die Weiterentwicklung des Industriestandorts Deutschland«, sondern die ganz Europas. Und nun sollen auch nicht nur »neue Industrien« gefördert werden, wie im Ursprungsentwurf formuliert, sondern ausdrücklich »sozial und ökologisch nachhaltige neue Industrien«.

Von besonderem Interesse ist auch Antrag G 001, der einstimmig beschlossen wurde. Denn darin wird die DGB-Jugend mit der Entwicklung und Durchführung einer gewerkschaftsübergreifenden Imageoffensive beauftragt. Dazu werden intensive Diskussionprozesse nötig sein.

Bei der Weiterleitung an den OBK wurde darauf geachtet, dass aus der Vielzahl der Anträge eine handhabbare Größe wurde. In der Regel ist hier der Leitantrag erweitert worden.

Dass es eine Synopse aus den bereits auf der BJK angenommenen Anträgen H 001, H 002, H 003, H 022, H 024 und H 025 – sie betreffen den Umgang mit den Ressourcen für die DGB-Jugendarbeit – mit Vermerk zur Weiterleitung an den OBK geben wird, wurde ebenfalls beschlossen.

Auch ein völlig neuer Antrag wurde durchgestimmt und an den OBK weitergeleitet: Er betrifft die Studierendenarbeit. Sie soll langfristig gesichert und innerhalb der verschiedenen Ebenen des DGB integriert werden.

Die BJA-Mitglieder René Rudolf, Hülya Dogan und Antonia Kühn wurden als OBK-Delegierte der DGB-Jugend bestimmt. Somit ist die BJK endgültig abgeschlossen. [S](#)

ANGEZÄHLT

Die Datenlage

35 Prozent der 15- bis 24-jährigen Deutschen rauchen. (Höchststand: Österreich, 41 Prozent)

50 Prozent der 15- bis 16-jährigen in Deutschland waren innerhalb eines Jahres mindestens ein Mal betrunken (Dänemark: 73 Prozent)

14,6 Prozent der deutschen Jugendlichen kiffen (Spanien: 20,3 Prozent)

26,5 Prozent der Deutschen im Alter von 15 bis 24 Jahren haben Übergewicht. (Großbritannien: 53,1 Prozent)

15 Prozent der deutschen Jugendlichen sind von Armut bedroht (Italien: 20,3 Prozent) [S](#)

Quelle: Europäischen Statistikamt, Jugendreport

BILDUNGSGIPFEL

Wundersame Wandlung

Überraschung, Überraschung: Aktive des DGB sind am 16. Dezember 2009 in Berlin vor das Kanzleramt gezogen, um eine »Pressekonferenz« abzuhalten. Mittendrin: Stimmen-Imitatorin Antonia von Romatowski als Bundeskanzlerin Angela Merkel. Anlass der Aktion war der Bildungsgipfel von Bund und Ländern.

»Merkel« stellte sich mit ihrer »Freundin«, Bildungsministerin Annette Schavan (CDU), gespielt von Mirjam Blumenthal von der DGB-Jugend, der »Presse« – gespielt von echten Journalist/-innen. Zur Unterstützung waren Schüler/-innen und Studierende gekommen.

Wie sagte doch »Frau Merkel«? »Es läuft was schief in unserem Land, 1,5 Millionen junge Menschen sind ohne Ausbildung. Viele Schüler ohne Abschluss. An den Hochschulen herrscht

Chaos. So geht das nicht weiter.« Und kündigte an, zukünftig mehr Geld für Bildung ausgeben zu wollen. Schön wär's gewesen, hätte man dies von der echten Frau Merkel auch vernommen. Und so wurde der Ausgang des Bildungsgipfels von DGB und Gewerkschaften als unzureichend kritisiert. [S](#)

Weitere Infos auf www.dgb-jugend.de.
Auf »Youtube« gibt's ein schönes Video:
www.youtube.com/watch?v=bP8emej1OSg



Unfit in den Job

Ganz im Zeichen der Gesundheit steht die Sonderauswertung »Junge Beschäftigte« des DGB-Index Gute Arbeit 2009.

Junge Beschäftigte gehen auch zur Arbeit, wenn sie krank sind. Das zeigt die Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2009 »Junge Beschäftigte«, der am 15. Dezember 2009 in Berlin vorgestellt wurde.

Danach gaben 79 Prozent der Befragten an, in den vergangenen zwölf Monaten mindestens einmal trotz Krankheit arbeiten gegangen zu sein. 46 Prozent haben sich sogar Medikamente verschreiben lassen, um fit für die Arbeit zu sein. Die Krankheit, krank zur Arbeit zu müssen, grassiert. In den Medien kursiert schon eine Zuschreibung für dieses Verhalten: »Arbeitnehmer-Doping«.

Logisch, dass viele junge Beschäftigte von starken Beeinträchtigungen ihrer Gesundheit berichteten. Neben den weit verbreiteten Rückenschmerzen (60 Prozent) berichteten 45 Prozent derjenigen mit »schlechter Arbeit« von Schlafstörungen, aber nur fünf Prozent jener mit Guter Arbeit. »Dieser Unterschied von 40 Prozentpunkten zeigt den enormen Spielraum, den es für Gute Arbeit immer noch gibt«,

sagt daher auch DGB-Bundesjugendsekretär René Rudolf.

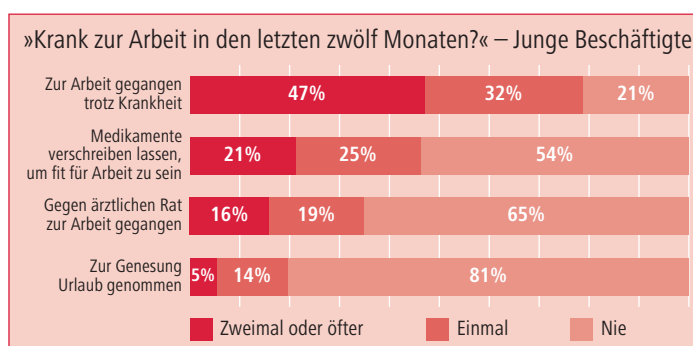
Der Zynismus bei den Arbeitnehmerorganisationen, er ist angebracht: Offenbar haben sich viele daran gewöhnt, ihre Gesundheit hintan zu stellen – aus Sorge um den Arbeitsplatz. Das Phänomen sei mittlerweile so verbreitet, dass es Eingang in wissenschaftliche Untersuchungen gefunden hat: unter dem schönen Schlagwort »Präsentismus«. Gemeint: Man geht zur Arbeit, obwohl es einem nachweislich nicht gut tut. Dass bereits junge Beschäftigte unter diversen gesundheitlichen Beschwerden litten, mache deutlich, dass eigentlich »vom ersten Arbeitstag an gute Arbeitsbedingungen und Prävention angesagt« seien, wie Rudolf sagt.

Ein anderer Punkt ist das Geld. Im Klartext: die schlechte Bezahlung. Denn auch die ist weit verbreitet. Angesichts der schlechten Einkommenssituation junger Beschäftigter fordert die stellver-

tretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock einen Mindestlohn von zunächst 7,50 Euro: »Die Pläne der Bundesregierung, die Sittenwidrigkeit von Löhnen als unterste Aufganglinie gelten zu lassen, helfen den Arbeitnehmer/-innen im Niedriglohnbereich nicht aus ihrer Bedrängnis. Unterhalb des Mindestlohns darf es nichts geben.« Alles andere sei eine Einladung zum Lohndumping an die Arbeitgeber/-innen.

Für den repräsentativen DGB-Index Gute Arbeit 2009 wurden im ersten Quartal dieses Jahres 7.930 Beschäftigte befragt. Die Ergebnisse wurden im Sommer veröffentlicht. Die nun vorliegende Sonderauswertung bezieht sich auf die Auskünfte von 882 Befragten im Alter von bis zu 30 Jahren. [5]

DGB-Index Gute Arbeit 2009 »Junge Beschäftigte«, zu bestellen auf www2.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren



Sofort deutlich anheben

DGB und Deutsches Studentenwerk haben Eckpunkte entwickelt, wie das BAföG auszusehen hat.

Der DGB und das Deutsche Studentenwerk (DSW) haben im Dezember 2009 gemeinsame Eckpunkte für die von der Bundesregierung geplante BAföG-Erhöhung zum 1. Oktober 2010 vorgelegt.

Unabdingbar sei, dass die Preis- und Einkommensentwicklung von Herbst 2007 bis Herbst 2010 zugrunde gelegt werde. Die Förderbeträge müssten um bis zu vier Prozent, die Elternfreibeträge um bis zu fünf Prozent angehoben werden.

»Wir brauchen eine deutliche Erhöhung des BAföG, um mehr jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien den Weg zur Hochschule zu ebnet«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Das BAföG »trockne aus«, wenn die Bundesregierung nicht schleunigst Bedarfsätze und Freibeträge deutlich anhebe.

Lebenslanges Lernen nicht nur zu predigen, sondern auch zu praktizieren, das bedeutet nach Auffassung der Gewerkschaften beim BAföG: Abschaffung der Altersgrenze von bisher 30 Jahren. Wer zum Beispiel nach Berufstätigkeit oder Kindererziehung wieder an die Universität will, darf nicht an starren und lebensfernen Vorschriften scheitern.

DSW-Generalsekretär Achim Meyer auf der Heyde kritisiert, dass das BAföG bislang zu wenig auf die Studienabschlüsse Bachelor und Master eingestellt sei: »Das BAföG muss rasch Bologna-kompatibel gemacht werden. Wir brauchen eine kontinuierliche Förderung beim Übergang vom Bachelor zum Master sowie eine erweiterte Förderung von Master-Studiengängen.«

DGB und DSW fordern mit ihrem Papier die Politik auf, endlich die soziale Selektivität

im Hochschulsystem aufzubrechen. Denn in Deutschland studieren von 100 Akademiker-Kindern 83, aber von 100 Kindern aus Familien ohne akademischen Hintergrund nur 23.

»Die Verbesserung von Bildungschancen muss zentrale Aufgabe der neuen Bundesregierung sein. Die wichtigste Säule der staatlichen Studienfinanzierung ist und bleibt das BAföG«, heißt es dazu im Eckpunkte-Papier.

Von besonderer Bedeutung ist dabei auch die Wiedereinführung eines Schüler-BAföG für die Oberstufe: Schüler/-innen aus einkommensschwachen Familien sollen schon auf dem Weg zum Abitur eine bessere finanzielle Unterstützung erhalten. [5]

Das Eckpunktepapier gibt's unter www.dgb-jugend.de/studium

So wird angerechnet

Nicht nur Auszubildende suchen Hilfe und Rat bei »Dr. Azubi«. Jugendliche in Einstiegsqualifizierungen haben oft die gleichen Probleme.

Die Einstiegsqualifizierung (EQ) ist eine der wichtigsten berufs vorbereitenden Maßnahmen: Jugendliche unter 25 ohne Ausbildungsplatz können von der Arbeitsagentur in eine Einstiegsqualifizierung vermittelt und gefördert werden, wenn Sie noch keinen beruflichen Abschluss haben und ihre allgemeine Schulpflicht erfüllt ist. Seit 2004 haben über 100.000 Jugendliche dieses Verfahren durchlaufen.

Jugendliche in einer EQ sammeln erste Praxiserfahrungen in einem Berufsfeld. Die Ausbildungsbetriebe erhalten gleichzeitig Gelegenheit, die Jugendlichen und ihre Fähigkeiten zu beobachten und zu entwickeln.

Im besten Fall erfolgt nach einem halben oder einem ganzen Jahr EQ eine Übernahme in ein reguläres Ausstellungsverhältnis, und die EQ-Zeiten werden auf die Ausbildungszeit angerechnet. In einigen Tarifverträgen der Gewerkschaften ist eine Anrechnung vorgeschrieben.

Leider gibt es auch bei diesem Maßnahme-Typ jede Menge schwarze Schafe unter den Betrieben – wie zum Beispiel ein Fall im »Dr. Azubi«-Forum dokumentiert, in dem einem Jugendlichen nach der Probezeit gekündigt wurde – Begründung: Der Betrieb könne ihm »die vertraglich vereinbarten Kenntnisse nicht vermitteln«.

Dies ist natürlich eine Verdrehung des Tatsachen: Der Jugendliche und nicht der Betrieb kann kündigen, wenn der Betrieb seinen Ausbilderpflichten nicht nachkommt. Eine Klage auf Schadensersatz bei einer Vertragslösung nach der Probezeit ist in der EQ leider ausgeschlossen.

Außerdem melden sich immer wieder Jugendliche, die in der EQ nichts lernen und nur als Hilfskräfte einfache Tätigkeiten ausüben. Dies ist immer besonders schade – da die betroffenen Jugendlichen ohnehin bereits einen Weg mit vielen Schwierigkeiten und Misserfolgen hinter sich haben und im EQ eine echte Chance sehen, nur um dann eine weitere Enttäuschung erleben.

Und: Schon im Dezember 2006 bemängelte der Bundesrechnungshof, dass die Unternehmen bei rund 2.000 der bis dahin et-

wa 30.000 Praktikant/-innen trotz des staatlichen Zuschusses keine Sozialabgaben gezahlt hatten und dass auch die Vergütung nicht automatisch an die Praktikanten weitergeleitet wurde. Außerdem nutzten die Unternehmen nur in weniger als der Hälfte der Fälle die Möglichkeit, bei einer Übernahme das Praktikum auf die Ausbildungszeit anrechnen zu lassen. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer nannte dies »einen Skandal«.

Aber die Jugendlichen, für die sich keine andere Möglichkeit bietet, haben natürlich Rechte, die laut § 26 Berufsbildungsgesetz (BBiG) in vielen Bereichen die gleichen sind wie bei Auszubildenden:

Vergütung

Im Gegensatz zur Ausbildung, ist die Vergütung in der EQ festgelegt. Die Jugendlichen erhalten 210 Euro von der Bundesagentur für Arbeit, der Betrieb führt zusätzlich 106 Euro an Sozialversicherungsbeiträgen ab.

Vertrag

Bei Beginn einer EQ muss ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen werden, der – genau wie bei Auszubildenden – bei den zuständigen Stellen eingetragen werden muss. Ohne Vertrag kann eine EQ nicht gefördert und anerkannt werden!

Im Vertrag sollte unbedingt stehen, in welchem Bereich die EQ abgeleistet wird.

Ein zusätzlicher Qualifizierungsplan, der Teil des EQ-Vertrages ist, sollte genau auflisten, welche Inhalte vermittelt werden.

Sehr gut ist es auch, wenn im Vertrag festgelegt ist, dass die EQ auf die Ausbildungszeit angerechnet wird, falls es zu einer Übernahme in eine Ausbildung kommt.

Rechte und Pflichten

Die Rechte und Pflichten in der EQ sind entsprechend § 26 BBiG weitestgehend dieselben wie bei Auszubildenden. Die tägliche Arbeitszeit wird im EQ-Vertrag festgelegt. Es gelten die Vorgaben des Jugendarbeitsschutz- oder des Arbeitszeitgesetzes bzw. die einschlägigen tariflichen Vereinbarungen.

Beim Urlaubsanspruch sieht es ähnlich aus: Auch er muss im Vertrag festgelegt

werden, und es finden die entsprechenden Gesetze oder tariflichen Bestimmungen Anwendung.

Auch bei der EQ wird eine Probezeit festgelegt. Da die Qualifizierung nur zwischen sechs und zwölf Monaten dauert und das »Risiko« für den Ausbildungsbetrieb gering ist, beträgt die Probezeit nur einen Monat.

Die Jugendlichen haben während der EQ ein Recht darauf, dass die vertraglich festgelegten Qualifizierungsbausteine von geeigneten Personen vermittelt werden – denn darum geht es schließlich. Andersherum sind die Jugendlichen verpflichtet, an der EQ-

Maßnahme regelmäßig teilzunehmen und sich ansonsten rechtzeitig krank zu melden.



Termin bei Dr. Azubi.
Mit Julia Müller

Betriebliches Zeugnis

Am Ende der EQ haben Jugendliche Anspruch auf ein betriebliches Zeugnis. Wenn sie kein qualifiziertes Zeugnis verlangen, wird ihnen ein einfaches Arbeitszeugnis ausgestellt, das einer Bestätigung gleicht und daher keine Wertungen enthält.

Auf Verlangen muss der Betrieb ein qualifiziertes Zeugnis ausstellen. Es enthält wertende Äußerungen zu Verhalten und Fähigkeiten des Jugendlichen. Fällt die Bewertung positiv aus, ist das Zeugnis für spätere Bewerbungen deutlich wertvoller als ein einfaches Zeugnis. Allerdings stellt sich bei einer positiven Bewertung immer die Frage, warum der Betrieb den Auszubildenden nicht übernommen hat. Denn eine Übernahme in eine Ausbildung bei Eignung ist schließlich der Sinn der Förderung.

Zertifikat

Neben dem betrieblichen Zeugnis erhalten Jugendliche nach dem EQ ein Zertifikat von der zuständigen Kammer. Hier gibt es Unterschiede: So werden im Bereich der Industrie- und Handelskammern sechs Beurteilungskriterien festgelegt, und der Jugendliche muss bei vier der Kriterien mit ausreichend bewertet werden.

Das Zertifikat ist sehr wichtig: Denn nur mit dem Zertifikat ist eine Anrechnung der EQ auf die Ausbildungszeit möglich. [5]

DGB-Jugend (Hg.): Rechte und Pflichten in der betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQ) – Tipps und Informationen für Teilnehmende, Berlin 2008. Im Download: www.dgb-jugend.de/dgb_jugend/broschueren



Gegen Nazis in Dresden: Soviel Protest wie möglich

Verschiedene Bündnisse wollen am 13. Februar 2010 dem rechten Aufmarsch entgegenreten.

Dresden – einmal im Jahr ist die sächsische Landeshauptstadt Aufmarschgebiet einer der größten Demonstrationen von Rechtsextremen: Am 13. Februar soll zwar der Toten der Bombardierung im Zweiten Weltkrieg erinnert werden, dieser Tag wird aber schon seit Jahren für rechte Zwecke instrumentalisiert. Die Nazis kommen nicht, um der Toten zu gedenken, sondern um sich positiv auf die Zeit des Nationalsozialismus zu beziehen.

Dagegen haben sich nicht zuletzt Gewerkschafter/-innen in den letzten Jahren erfolgreich positioniert – und Demos organisiert. Nachdem aber die »Geh Denken«-Gegendemonstration letztes Jahr kein gutes Echo hatte, ruft der DGB Dresden dieses Mal – wie auch zahlreiche andere demokratische Organisationen – zu einer gemeinsamen Aktion der Bürger/-innen auf. Und da-

mit, der Einladung der Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) zu einem stadtweiten bürgerschaftliches Bündnis zu folgen.

»Wir verbinden damit die Hoffnung, die politische Aufspaltung der demokratischen Akteure zu überwinden und zu einem klaren Signal gegen den rechtsextremen Aufmarsch für 2010 zu kommen«, sagt der DGB-Regionvorsitzende Ralf Hron.

»Wir werden versuchen, so viele Menschen wie möglich für eine Teilnahme an den offiziellen Veranstaltungen der Stadt Dresden im Bündnis mit weiteren zivilge-

sellschaftlichen Partnerinnen und Partnern zu gewinnen«, sagt André Schnabel von der DGB-Jugend Sachsen. Hauptveranstaltung soll dabei die Bildung einer stadtweiten Menschenkette sein.

Schnabel weist aber darauf hin, dass auch andere Gegenveranstaltungen stattfinden. So etwa jene mit dem Titel »Dresden

stellt sich quer«: Die Aktiven dieses deutschlandweiten Bündnisses wollen an die erfolgreiche bundesweite Mobilisierung vom Februar 2009 anknüpfen, als insgesamt rund 10.000 Menschen in Dresden gegen die Neonazis demonstrierten. Am diesjährigen 13. Februar wollen die Bündnisteilnehmer/-innen einen Schritt weitergehen und den Rechten mit Aktionen des zivilen Ungehorsams etwas entgegensetzen. Und zwar ganz wörtlich: Sitzblockaden mit tausenden Teilnehmer/-innen sind geplant.

Hier haben sich Vertreter/-innen der ver.di Jugend, von Studierendenverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammengeschlossen.

»Für Gewerkschafter ist es selbstverständlich, dass wir uns dem Nazigroßaufmarsch entgegenstellen«, sagt ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff. Denn die Gewerkschaften seien mit die ersten Organisationen gewesen, die 1933 von den Nazis zerschlagen wurden. ☐

Infos: www.dgb-jugend-sachsen.de

Die Aufspaltung der demokratischen Akteure soll verhindert werden.

Blockaden sollen den Rechten den Weg versperren.

KURZ UND KLEIN

Aktivposten

☐ Get the party started: Die **DGB-Jugend Hamburg** gibt ihren Neujahrsempfang für Jugend- und Auszubildendenvertretungen. Und zwar am 10. Februar 2010 im Gewerkschaftshaus am Benzenbinderhof 57a, 20097 Hamburg.

Infos: Tel.: 040 / 285 82 56

☐ Der **DGB NRW** und das Medienunternehmen center.tv Ruhr haben per Ausbildungskonsens gemeinsam ein Projekt entwickelt, um 20 Jugendliche mit Hauptschulabschluss für ein Jahr in verschiedenen Bereichen des Senders als Videojournalist/-innen zu qualifizieren.

www.nrw.dgb.de

☐ Die **DGB-Jugenden Rheinland-Pfalz und Saar** teilen mit, dass sie allen Kolleg/-innen vom 11. bis zum 17. Februar 2010 eine fröhliche Fastnacht wünschen – »mit Helau und Allez Hopp«. Weitere Narreninfos gibt's auf www.dgb-jugend-rlp.de, www.dgb-jugend-saar.de

☐ Bitte anmelden: Vom 5. bis zum 7. März 2010 fährt die **DGB-Jugend Baden-Württemberg** nach Dachau: In der Kleinstadt bei München befand sich während der NS-Zeit ein Konzentrationslager. Es war der erste Ort, an dem einem Lagerkommandanten die alleinige Gerichtsbarkeit

zugeteilt wurde. In keinem anderen Lager geschahen so viele politische Morde – und kein anderes bestand so lange. DGB-Bezirksjugendsekretärin Annika Wörsdörfer: »Wir finden es wichtig, der Geschichte zu gedenken und unsere Verantwortung in der Gegenwart daraus abzuleiten.«

Der Bezug zur heutigen Zeit mache deutlich, dass nationalsozialistisches Gedankengut in der rechtsextremen Szene immer noch sein Unwesen treibe und Rassismus in Deutschland immer noch erschreckend präsent sei.

www.dgb-jugend-bw.de

☐ Die rechtsextremen Bayern waren denn auch Ziel der Gewerkschaftsjugend im Dezember 2009 in Nürnberg. Rund 500 Aktive der **ver.di Jugend** und des Antifaschistischen Aktionsbündnisses belagerten dort den örtlichen Tönsberg Nazi-Klamotten-Laden. Neben der Aufklärung der Bevölkerung über die Rolle von Trendmarken in der Neonaziszene stand an oberster Stelle, dem einschlägig bekannten Shop das Weihnachtsgeschäft zu vermiesen. »Es ist eben kein normaler Laden. Deshalb sind wir als Gewerkschaft immer bereit, alles zu leisten«, sagte Bernd Hampel, Vorsitzender der ver.di-Jugend in Nürnberg.

http://mittelfranken.verdi.de/aktionen/weg_mit_dem_t_nsborg-laden

☐ A propos schmutzige Wäsche: Eine andere **ver.di Jugend**-Aktion, ebenfalls im Dezember 2009, sollte die internationale Solidarität mit Gewerkschafterinnen aus Thailand und den Philippinen unterstreichen. Hintergrund ist die Entlassungswelle in gewerkschaftlich gut organisierten Fabriken des Schweizer Dessous-Herstellers Triumph. Betroffene Gewerkschafterinnen aus Thailand und den Philippinen kamen nach Berlin, zogen vor eine Triumph-Filiale – und hatten Besonderes im Angebot: Die Näherinnen verkauften »Protestunterwäsche«, die sie während der wochenlangen Demonstrationen angefertigt hatten.

www.ver.di-jugend.de, Ihr könnt das Anliegen der Näherinnen unterstützen und eine Protestmail an Triumph schicken: www.inkota.de/triumph/#c2810

☐ »Chancen für Beschäftigung nutzen« – unter dieses Motto hat der **IG BCE**-Hauptvorstand die Forderungsempfehlung für die Chemie-Tarifrunde 2010 gestellt. Schwerpunkte sind die Sicherung der Arbeitsplätze und gute Berufsperspektiven für junge Leute.

www.igbce-jugend.de

BUCH DES MONATS

Müssen in der Krise Ansprüche an die Arbeitsqualität zurückstehen? Heißt es demnächst: »Schlechte Zeiten für Gute Arbeit?« Nein, auf keinen Fall: Solche Strategien wären nicht innovativ, sondern rückwärtsgewandt. Das Jahrbuch »Gute Arbeit – Ausgabe 2010« aus dem Bund-Verlag steht ganz im Zeichen dieser Thematik. Es bietet Debattenbeiträge und stellt unterschiedliche strategische Lösungsansätze zur Diskussion. Expert/-innen aus Gewerkschaften, Wissenschaft und betrieblicher Praxis sondieren Handlungsfelder für Gute Arbeit: Initiativen und gewerkschaftliche Aktionen zeigen, dass es sich immer lohnt, die Arbeitsqualität zu verbessern.

Lothar Schröder, Hans-Jürgen Urban: Gute Arbeit – Ausgabe 2010. Handlungsfelder für Betriebe, Politik und Gewerkschaften, Bund-Verlag, Frankfurt/M. 2009, 491 S., 39,90 Euro

+ Miteinander schreiben: Unter dem Titel »Gegenblende« hat der DGB einen Debattenblog ins Internet gestellt. Er wird wöchentlich aktualisiert. Auf Beiträge aus der Wissenschaft folgen Erwidernungen aus den Gewerkschaften. Es wird auch Buchrezensionen und Ausstellungsbesprechungen geben.

www.gegenblende.de

+ BAföG – das Buch: Die Neuauflage des BAföG-Handbuchs der Bildungsgewerkschaft GEW für Student/-innen und Schüler/-innen ist erschienen. Neben wichtigen Grundinformationen werden alle Änderungen der letzten BAföG-Novelle thematisiert.

Soli aktuell meint: Das Accessoire für jedes Beratungsbüro.

BAföG – GEW-Handbuch, Schüren-Verlag, Marburg 2009, 21. Aufl., 208 S., 14,90 Euro



DER RAUSCHMEISSER



War ja mal wieder klar...

+ Ausbildung 2009: Das Verzeichnis »Die anerkannten Ausbildungsberufe 2009« dokumentiert die Arbeiten zur Ordnung der beruflichen Bildung und enthält alle anerkannten Ausbildungsberufe.

www.bibb.de/berufe

+ AK Internationales: Das nächste Treffen des Arbeitskreises Internationales der DGB-Jugend findet vom 26. bis 28. Februar 2010 in Hattingen statt. Elke Michau und Diana Greim sind ab sofort Verbindungsmitglieder vom AK Internationales zu Attac.

www.dgb-jugend.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030 / 240 60 172, Fax: -409

E-Mail:
jkiontke@web.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
PrintNetwork PN GmbH

Redaktion:
Jürgen Kiontke

Grafik:
Heiko von Schrenk

Aboverwaltung:
Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 166,
E-Mail: daniela.linke@dgb.de

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

HATTINGEN – SEMINARE

Israel – eine erste Annäherung. Das Interesse an Israel ist in der Gewerkschaftsjugend groß: Die Kooperation zwischen DGB, seinen Mitglieds-gewerkschaften und dem israelischen Gewerkschaftsdachverband Histadrut hat seit Jahren Tradition. Wer an einem Austausch teilnehmen möchte, sollte sich vorher mit Israels Geschichte, seiner aktuellen politischen, religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Situation auseinandersetzen. Da kommt das Annäherungsseminar gerade richtig.

5. bis 7. März 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: ISRo 610278938

Gewerkschaftliche Kompetenz: In der Krise schreien sie auf einmal alle nach den Gewerkschaften. Und was sagen wir? In diesem Seminar gibt's (wirtschafts-)politische Grundlagen und die dazu passenden gewerkschaftlichen Positionen. Darüber hinaus soll über die Zukunft der Gewerkschaften diskutiert werden – dabei wendet sich das Team des DGB-Jugendbildungszentrums sowohl an diejenigen, die sich erst seit relativ kurzer Zeit im gewerkschaftlichen Umfeld bewegen, als auch an alle, die »mit ihren Argumenten manchmal nicht mehr weiterkommen und daher frische Ideen suchen«!

26. bis 28. März 2010. DGB-Jugendbildungszentrum Hattingen. Buchungscode: GKO 610268903

Anmeldungen: www.dgb-jugendbildung.de

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken.

**An den
DGB-Bundesvorstand, Ber. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin**



Ich möchte monatlich Exemplar(e) bestellen.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	